

# Einstimmiges Ja zum Kapo-Stützpunkt

Alle Fraktionen im Kantonsrat waren sich einig: Es braucht das Polizeigebäude auf der grünen Wiese in Oensingen.

Daniela Deck

Bei der Kantonspolizei Solothurn herrscht Dichtestress. Dabei sind die Einheiten auf 16 Einsatzorte verzettelt, was die Kommunikation erschwert und Doppelpurigkeiten Vorschub leistet. So brachte Thomas Lüthi (GLP, Hägendorf) das Problem der Polizei auf den Punkt. Für die Umwelt-, Bau- und Wirtschaftskommission legte er am Dienstag im Kantonsrat dar, warum die Polizei einen Stützpunkt in Oensingen braucht, der zudem auf der grünen Wiese gebaut werden und 84,5 Millionen Franken kosten soll.

Ins gleiche Horn stiess Urs Huber (SP, Obergösgen), der namens der Justizkommission die Perspektive der gut 150 Angestellten vertrat, die in dem Gebäude arbeiten werden. Er sprach von Effizienzgewinn, indem elf Einheiten zusammengezogen und deshalb zwei der bisherigen Einsatzorte aufgehoben werden. Der Standort innerhalb des Kantons sei ideal. Mit dem Schiesskeller seien die Lärmklagen von Anwohnern und die heute bestehende Abhängigkeit vom Militär passé und die Halle, in der taktische Einsätze geübt werden können, biete einen Mehrwert.

Die SP lobte den sorgfältigen Umgang mit dem Boden, indem drei Untergeschosse gebaut

werden. «Jeder Franken ist sinnvoll angelegt», äusserte sich Remo Bill (Grenchen), von Beruf Architekt, überzeugt. Die Grünen hoben den Bau aus Recyclingbeton, einheimischem Holz und grünem Stahl hervor und die Tatsache, dass eine Photovoltaikanlage gebaut wird.

## Liberaler Warnfinger zu den Kosten in der Euphorie

Die Polizeibeamten als «Rückgrat unseres Rechtsstaats» verdienen die «bestmöglichen Rahmenbedingungen», sagte Thomas Frey (Hüniken) für die SVP. «Eine moderne Infrastruktur für eine moderne Polizei» mit einer vertretbaren Reserve von zwei Stockwerken nannte er das Projekt. Der Mitte/EVP-Fraktion gefiel ausserdem das Potenzial, das die 4500 Quadratmeter Nutzfläche für die Wirtschaftsentwicklung bieten, die durch den Umzug in den Neubau frei werden.

Es blieb der Fraktion der FDP/GLP überlassen, den Warnfinger zu erheben. «Was jetzt vorliegt, ist gut. Aber der Preis ist für uns immer noch sehr hoch, Kosten von 1100 Franken pro Kubikmeter sind die absolut oberste Grenze», sagte Markus Boss (Rüttenen) und pochte auf strikte Kostendisziplin. Neben den Baukosten seien auch die laufenden Kosten kritisch zu hinterfragen.



So soll der Kapo-Stützpunkt aussehen, wobei unter dem Boden noch drei weitere Geschosse gebaut werden. Visualisierung: zvg

In Sachen «Kosten» zeigte sich Frau Landammann und Baudirektorin Sandra Kolly zuver-

sichtlich. Sie betonte, dass sich der Kanton kein Luxusgebäude leisten und jeder Franken, der

ausgegeben wird, nötig sei. Der grosse Betrag werde auch nicht auf einmal fällig, sondern ver-

teile sich auf mehrere Jahre. Nadine Vögeli (SP, Hägendorf), Präsidentin des Personalverbands Polizei Kanton Solothurn, äusserte sich erfreut über das Projekt. Ausserdem hatte sie eine Frage: Was war aus dem Plan geworden, das Konkursamt Oensingen in den Stützpunkt zu integrieren? Dazu sagte Kolly, dass die Integration des Rettungsdienstes und des Konkurs- und Betreibungsamts zu teuer gekommen wäre.

## Perspektiven für Firmenansiedlungen

Der Gemeindepräsident von Oensingen, Fabian Gloor (Mitte) freute sich nicht nur über die zusätzlichen Arbeitsplätze in seiner Gemeinde und die Nähe der Polizei zum Bahnhof – dieser stelle ja immer einen gewissen Konfliktpunkt dar, sondern auch über die gute Ausnutzung des Grundstücks bedingt durch die Untergeschosse.

Man könne in Oensingen aufgrund ausgedehnter Wasserschutzzonen nur an ausgewählten Standorten in den Boden bauen. Die freie Restfläche an bester Lage im Besitz des Kantons eröffne interessante Perspektiven für Firmenansiedlungen, sagte Gloor.

Mit 89 Stimmen nahm der Kantonsrat den Verpflichtungskredit für den Bau des Kapo-Stützpunkts einstimmig an.

## Kein Schülersausweis für alle

Eine Forderung aus dem Jugendpolititag wird deutlich abgelehnt.

Adrian Kamber

Brauchen alle Solothurner Schülerinnen und Schüler einen Schülersausweis? Mit dieser Frage beschäftigte sich am Dienstag der Kantonsrat. Dass sich die Politik auf dieser Stufe überhaupt mit dem Thema auseinandersetzt, ist allerdings den Jugendlichen selbst zu verdanken. Im Rahmen des Jugendpolititags wurden nämlich die Kantonspolitiker darauf aufmerksam gemacht, dass längst nicht jede Schule und Gemeinde ihren Schützlingen einen Schülersausweis ausstellt.

Mit einem solchen Ausweis können Schüler und Schülerinnen etwa öffentliche Verkehrsmittel zu vergünstigten Tarifen nutzen oder Ermässigungen in Kultur- und Freizeiteinrichtungen erhalten. Fraktionsübergreifend wurde im Nachgang des Polititags ein Vorstoss eingereicht, der forderte, dass sämtliche Schulen der Sekundarstufe 1 (Sek B, E und P) und 2 einen Schülersausweis ausstellen sollen.

Die Regierung empfahl den Vorstoss allerdings zur Ablehnung. Hauptgrund: Die Zuständigkeit zur Abgabe von Schülersausweisen in der Volksschule liegt bei den Gemeinden. Ob Schülersausweise in der Sekundarstufe 1 ausgestellt werden, sei somit ein kommunaler Ent-



Am Solothurner Jugendpolititag, hier ein Foto von 2024, nahm die Politik das Anliegen der Jugendlichen auf. Bild: Andre Veith

scheid und kein kantonaler. In der Sekundarstufe 2 werde das Anliegen ohnehin schon erfüllt, da an den beiden Kantis in Olten und Solothurn sowie an den beiden Berufsbildungszentren Olten und Solothurn-Grenchen bereits seit mehr als 20 Jahren solche Ausweise abgegeben werden.

## Politiker loben grosses Engagement der Schüler

«Wir haben es hier mit einem echten Bedürfnis der Schüler zu tun», erklärte Erstunterzeichner Daniel Urech (Grüne, Dornach) in der Debatte. «Mit einem Ausweis können sie nicht nur im ÖV und Museen profitieren, sondern auch in Kebab-Läden oder Büchereien. Und ein Ausweis wäre auch ein Beitrag dazu, dass sie Handlungsfähigkeit erlernen.» Sarah Schreiber

(Mitte, Lostorf) ergänzte: «Der Aufwand dafür ist klein, es liesse sich mit einer einfachen Weisung des Volksschulamts umsetzen. So könnten wir den Jugendlichen zeigen, dass wir sie ernst nehmen.»

In sämtlichen Voten wurde das Engagement der Jugendlichen gelobt. Andrea Meppi (SVP, Hofstetten) betonte: «Das Interesse an der demokratischen Mitwirkung verdient Anerkennung.» Manuela Misteli (FDP, Biberist) sagte an die Jungen gerichtet: «Eure Voten bewegen uns. Bleibt dran!»

Die Mehrheit stellte sich allerdings auf die Seite der Regierung und betonte, dass die Gemeindeautonomie beim Ausstellen der Ausweise nicht übersteuert werden soll. Mit 78 zu 10 Stimmen wurde der Auftrag für nicht erheblich erklärt.

## Medienvielfalt im Kanton unter Druck

Der Kantonsrat lehnt einen Prüfauftrag knapp ab.

Adrian Kamber

«Es ist unbestritten, dass klassische Medien an Relevanz verlieren, was besorgniserregend ist. Wir sind aber der Meinung, dass das Thema national angegangen werden muss.» Mit diesen Worten brachte Thomas Fürst (FDP) als Sprecher der Justizkommission die Debatte im Kantonsrat auf den Punkt. Am Dienstag befasste sich der Rat mit einem Vorstoss, der die Regierung zu einer Prüfung aufforderte, mit welchen Massnahmen die Medienvielfalt im Kanton gefördert werden könne.

Sowohl Regierung als auch Kantonsrat sehen in der abnehmenden Medienvielfalt eine Gefahr für die Demokratie. Je weniger die Menschen informiert seien, desto weniger würden sie letztlich auch ihre demokratischen Rechte wahrnehmen. Möglichkeiten zur Medienförderung gibt es dabei einige, wie die Regierung in ihrer Antwort auf den Vorstoss aufzählte: von der direkten finanziellen Unterstützung, über einen Beitrag an eine Nachrichtenagentur bis zu kreativen Lösungen wie Gratis-Abos für Schüler, wurden einige aufgezählt.

Die Regierung ist der Ansicht, dass direkte Medienförderung nicht zielführend sei.



Die Vielfalt schrumpft. Bild: Sandra Ardizzone

Und auch wenn gewisse Ansätze der indirekten Förderung prüfenswert wären: Mit Blick auf die finanzielle Situation des Kantons sei ohnehin nicht der richtige Zeitpunkt dafür.

Im Kantonsrat war man geteilter Meinung. Mitte-Links hielt zumindest eine Prüfung für wünschenswert. «Wir wollen Rahmenbedingungen, die eine unabhängige Berichterstattung ermöglichen. Die Medienvielfalt ist Teil der demokratischen Infrastruktur», so Rea Engmeister (Mitte). Die bürgerliche Seite zeigte sich skeptisch: «Die meisten Medien im Kanton gehören CH Media, eine Vielfalt ist das nicht. Und nötig haben sie es auch nicht», so Jennifer Rohr (SVP).

Mit 47 zu 45 Stimmen (2 Enthaltungen) wurde der Vorstoss schliesslich knapp abgelehnt.

## Nachrichten

### Weitere Meldungen aus dem Kantonsrat

**Kantonsverfassung** Mit dem Begehren die Kantonsverfassung total zu revidieren, stiess die SP-Fraktion trotz gewisser Sympathien auf taube Ohren. Vergeblich argumentierte Simon Gomm (Olten), dass die letzte Totalrevision (seit 1988 in Kraft) so lange zurückliegt, dass viele Leute nie die Gelegenheit hatten, bei diesem Gesellschaftsvertrag mitzureden und dass vor allem die Formulierungen nicht geschlechtsneutral seien. Das Paket der Verfassung aufzuschneiden war den übrigen Fraktionen zu risikoreich, zumal der Text gut verständlich und man mit Teilrevisionen immer gut gefahren sei. Der Auftrag wurde mit 72: 19 Stimmen (2 Enthaltungen) nicht erheblich erklärt. (dd)

**Aufsicht** Der Auftrag über die Aufsicht über so genannt selbstständige Geschäftseinheiten, vor allem die Ausgleichskasse und die Solothurner Spitäler AG, war zum Seilziehen zwischen dem Regierungsrat, der Kantonsratsleitung und der Geschäftsprüfungskommission geworden. So brauchte es zur Bereinigung der Meinungsverschiedenheiten seit dem Herbst drei Lesungen, wie Kommissionssprecher Patrick Schlatter (Mitte, Oberdorf) ausführte. Nun ist der Auftrag endlich in trockenen Tüchern und wurde einstimmig (93 Stimmen) erheblich erklärt. (dd)